Von der Freiheit der Presse

Pressefreiheit“, heißt ein Bonmot eines berühmten, amerikanischen Kollegen – ich weiß nicht genau, wer es gesagt hat, aber es könnten sogar Mark Twain, ja, der war Journalist, oder Ambrose Bierce gewesen sein – „Pressefreiheit“, heißt es da, „ist die Freiheit ein paar reicher, alter Männer, ihre Meinung drucken zu lassen.“ Wohl wahr. Auch bei uns, auch wenn es hier eher reiche, alte Witwen denn alte Männer sind, aber auch bei uns hört Pressefreiheit da auf, wo sie die Auffassung des Verlegers tangiert. Oder die des Rundfunkrates und damit der die Regierung tragenden Parteien.

So weit, so schlecht. Eine Zensur findet statt, nicht seitens des Staates, sondern in den Redaktionsstuben und mehr und mehr in den Köpfen der Redakteure. Und nicht nur da. Seitdem man bei fast jedem Treffen mit Freunden, Bekannten oder in Kneipen zu hören bekommt (manchmal sagt man es auch selbst): „Die NSA weiß alles“, hat die Schere im Kopf auch die Normalbürger erreicht – „Glauben Sie ja nicht, Sie könnten hier denken, was wir noch nicht wissen!“

Wer heute hierzulande das Grundrecht auf Presse-, Meinungs- und Äußerungsfreiheit ernst- und sogar wahrnimmt, der muss mit Verfolgung wegen Landesverrats rechnen. So geschehen jüngst; für manch rechten Hinterbänkler tun sich „Abgründe von Landesverrat“ auf, wenn ein kleines Webmagazin wie netzpolitik.org Haushaltspläne des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Gänze publiziert. Das nennt man sonst Information der Öffentlichkeit und Herstellung von Transparenz. Nur der Verfassungsschutzchef und der Generalbundesanwalt scheinen das nicht so zu sehen – von einigen rechten Hinterbänklern abgesehen: Sie ermitteln wegen Landesverrat oder lassen – zumindest ließen sie – ermitteln.

Der letzte, der das versuchte, war ein gewisser Franz Josef Strauß (1915 – 1988) – ein Erfolg seiner Bemühungen war, dass er uns damit letztlich einen Bundeskanzler Strauß ersparte, dafür sei dieser Landesverratsaffäre (vulgo geläufig als „Spiegel-Affäre“, 1962, ältere Leser erinnern sich) heute von Herzen gedankt. Ging es damals um Interna der Bundeswehr, die ohnehin jeder kannte, geht es heute um Interna des Verfassungsschutzes, die ohnehin jeder ahnt. Dass die Geheimdienstler gerne alles kontrollieren, wissen und speichern möchten und sich als Gedankenpolizei samt zugehöriger Gesinnungsschnüffelei verstehen, ist auch allgemein bekannt.

Taten
statt warten!
Infos von:
GREENPEACE
22767 Hamburg

Wenn ein Artikel Landesverrat ist, woher kriegen die Schlapphüte künftig ihre Infos? Aus dem Datenmüll der NSA?
Illustration: Frank Gießelmann

Also: Wozu die Aufregung? Vielleicht ist es die Dreistigkeit, mit der hier eine Behörde, deren Bezeichnung ein Synonym für Skandal und Inkompetenz ist, versucht, investigative Journalisten mundtot zu machen. Vielleicht auch, warum niemand diese Behörde, deren mögliche Beteiligung an den Serienmorden des NSU nach wie vor ungeklärt ist, an die Leine legt, sondern ihre Vertuschungsversuche und Intransparenz fördert. Vielleicht aber auch, wieso die Bundesanwaltschaft, die es ablehnte, einem anderen Geheimdienst, dessen Aufgabe darin besteht (oder bestehen sollte), aus dem Ausland interessante Informationen zu beschaffen, und diese dahingehend interpretierte, einem ausländischen Geheimdienst zu helfen, persönliche Daten von Bürgern und Firmendaten in großer Menge abzufischen, der also tatsächlich Spionage gegen unser Land betrieb (das nennt man in Juristenkreisen „Landesverrat“), dafür zu belangen, nun willfährig kritische Öffentlichkeit verhindern will. Dazu passt, dass der Bundesgerichtshof – eine andere hohe juristische Behörde unseres Landes – der Presse das Recht abspricht, Informationen über eben jenen nicht geahndeten Landesverrat zu verlangen. Und dazu passt, dass künftig Whistleblower, also Leute, die aus Gewissensgründen Interna ihrer Firma oder Behörde nach außen geben, hier völlig schutzlos sein werden. Denn gegen die, die netzpolitik.org diese Pläne zusteckten, wird schließlich auch ermittelt, wenn auch nicht wegen Landesverrats.

Nun, die Leute von netzpolitik.org sind ebenso wenig Helden wie Edward Snowdon oder andere Whistleblower. Sie sind mutige, engagierte Journalisten, die allen Respekt und Hochachtung verdienen und wertvolle Arbeit für unsere langsam verrottende Demokratie leisten. Dafür sei ihnen gedankt. Und was die Pressefreiheit angeht: Kleine, unabhängige Medien – dazu gehört auch die Umweltzeitung – sind heute wichtiger denn je. Denn die großen Medien gehorchen weniger den Gesetzen des „All the News that are fit to print“ (Motto der New York Times), denn den Profiterwartungen ihrer Eigner. Davor sind wir gefeit.

Stefan Vockrodt